Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur: Carl Oehlmann in Halle S. Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 84. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 20. Februar 1900.

Die Korporation der Berliner Kaufmannschaft.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben

Bei der diesmaligen Staatshaushaltsberathung im Preußischen Abgeordnetenhause ist auch über die kaufmännische Vertretung von Berlin verhandelt worden. Der von dem konservativen Abgeordneten Felisch gestellte Antrag, welcher die Errichtung einer Handelskammer für Berlin bezwecke, ist auf die wohlwollende Erklärung des Handelsministers hin zurückgezogen. Zur Orientirung über die in Betracht kommenden Verhältnisse erscheint es wünschenswerth, auf einige Thatsachen, welche in weiteren Kreisen wenig bekannt sein dürften, hinzuweisen.

Die Handelskammern sind die regelmäßige Erscheinungsform der kaufmännischen Vertretung. Sie haben ihre Regelung in Preußen zunächst durch das Gesetz vom 24. Febr. 1870 und sodann, nachdem der Entwurf des Handelsministers v. Berlepsch vom Jahre 1896 zurückgezogen war, durch die Novelle vom 19. August 1897 erfahren. Das letztere Gesetz ließ die in einzelnen Städten (Berlin, Magdeburg, sowie den Handelsstädten an der Ostsee) bestehenden kaufmännischen Korporationen, welche, auf freiwilliger Organisation beruhend, dort die kaufmännische Vertretung seit Jahrzehnten bildeten, bestehen und wies ihnen erneut den Geschäftskreis und die Befugnisse zu, welche das Gesetz den Handelskammern beilegte. Die Rechtsverhältnisse der Korporationen sind im übrigen durch eigene landesherrlich bestätigte Statute geregelt.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, welche, aus den Wahlen der dortigen Korporation hervorgehend, die Funktionen der Handelskammer für die Reichshauptstadt versehen, haben in Verbindung mit dem Handelsminister das Korporationsstatut neuerdings einer Revision unterzogen, um es den Bestimmungen des Handelskammergesetzes vom 19. August 1897 anzunähern und den modernen Verhältnissen entsprechend zu gestalten. Die demgemäß zustande gekommene Verfassung vom 19. Februar 1898 wurde am 21. März 1898 vom König bestätigt. Sie ist seit dem 1. Januar 1899 in Kraft. Der damals schon gemachte Versuch, die Korporation zu einer Umwandlung in eine Handelskammer zu bestimmen, scheiterte trotz der mit großer Lebhaftigkeit von einigen Mitgliedern ins Werk gesetzten Agitation gänzlich; der Antrag, welcher eine Verzögerung der Statutenannahme zwecks erneuter Erwägung der Umwandlung bezweckte, wurde mit überwältigender Mehrheit gegen wenige Stimmen in der Generalversammlung der Korporationsmitglieder abgelehnt.

Danach ist zunächst festzustellen, daß die in der Korporation befindlichen Mitglieder ihre gegenwärtige Vertretung als ihren Interessen entsprechend erachten. Man weist nun, um für die Zwangsorganisation der Handelskammer Stimmung zu machen, darauf hin, daß nur eine beschränkte Zahl der eingetragenen Firmen (etwa 10 Proz.) Mitglieder der Korporation seien. Aber wiewohl dies zutrifft, ist es trotz lebhafter Agitation den Freunden des Abgeordneten Felisch bisher nicht möglich gewesen, die in der Korporation nicht vertretenen Firmen zu einem Antrage auf Bildung einer Handelskammer oder zu einer sonstigen Aeußerung zu Gunsten einer solchen zu bewegen. Es ist also anzunehmen, daß diese keineswegs die gegenwärtige Art der Vertretung als mit ihren Interessen im Widerspruch stehend ansehen. Wäre letzteres der Fall, so wäre zunächst der einfachste Weg, daß diese unzufriedenen Kreise der Korporation beiträten. Daran werden sie nicht etwa, wie in der Diskussion irrthümlich hervorgehoben ist, durch die Höhe des Eintrittsgeldes verhindert. Denn ein Eintrittsgeld wird nach dem neuen Statut überhaupt nicht erhoben. Der von den Mitgliedern zu zahlende Jahresbeitrag beträgt 18 M. Dies ist die einzige den nicht am Börsenverkehr betheiligten Korporationsmitgliedern auferlegte Abgabe. Weniger aber würden die meisten von ihnen an Handelskammerbeiträgen und sonstigen Zwangsabgaben, zu deren Ausschreibung eine Handelskammer berechtigt ist, sicher nicht zahlen. Uebrigens würde eine weitere Herabsetzung der Jahresbeiträge bei der Korporation wohl kaum auf Widerstand stoßen.

Ist es also nicht die Höhe der Beiträge, welche einen Theil der Mitglieder des Gewerbestandes hindert, der Korporation der Kaufmannschaft beizutreten, und zeigen sie sich auch sonst nicht geneigt, der Agitation einiger nicht einmal durchweg in das Handelsregister ein getragenen Personen Gehör zu schenken, so bleibt nur die Lösung, daß es sich bei dem außerhalb der Korporation bleibenden Theile des Handels- und Gewerbestandes um diejenigen handelt, welche mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden sind und die 18 Mark Jahresbeitrag daher Ausgaben ersparen zu können, sowie um diejenigen, welche der Vertretung ihrer Interessen gleichgültig gegenüberstehen. Daß dies leider ein beträchtlicher Theil des Handelsstandes ist, beweist die Zahl derjenigen, welche sich da, wo die Zwangsorganisation der Handelskammer besteht, an den Wahlen zu derselben betheiligen. Es waren dies nach einer im Jahre 1893 aufgestellten Statistik: in Breslau 12,9 Proz., in Dortmund 9,5, in Köln 4,1, in Frankfurt a. M. ca. 10, in Mainz 12, in Mannheim 9,5, in Straßburg i. Els. 25,8, in Leipzig ca. 4, in Halle a. S. 2,7, in Münster i. W. 9,6, in Aachen 5,7, in Dresden ca. 11, in Wien 22 Proz. Dagegen betheiligte sich von den Mitgliedern der Korporation der Kaufmannschaft an den Aeltestenwahlen stets der weitaus größte Theil der Mitglieder; so 1894 93,5 Proz., 1897 73,6 Proz. Seit 1897 ist die Betheiligung noch gestiegen. Daraus ergiebt sich zur Evidenz, daß der der Korporation fern bleibende Theil des Kaufmannsstandes auch durch eine Zwangsorganisation nicht zu regerer Theilnahme an seiner Interessenvertretung vermocht werden könnte. Auf seine finanzielle Beihilfe aber kann die Korporation vermöge ihrer günstigen Vermögenslage verzichten. Diese hat es ihr auch stets ermöglicht, die Angelegenheiten von Handel und Industrie, so viel an ihr liegt, aufs kräftigste zu fördern, so erst jüngst durch Uebernahme der kaufmännischen Fortbildungsschulen, die erst so zu einer ihrer Bedeutung entsprechenden Förderung gelangt sind, durch Uebernahme eines erheblichen Betrages des auf die Stadt Berlin entfallenden Antheils an den Kosten des Mittellandkanals u. a. Die ehrenamtliche ersprießliche Arbeit der Mitglieder des Aeltestenkollegiums hat sich auch stets der allseitigen Anerkennung zu erfreuen gehabt. Es ist zu bezweifeln, ob das in gleichem Maße der Fall sein würde, wenn es den Gegnern gelingen sollte, statt einer nicht zu großen Anzahl arbeitswilliger Männer von freiem Blick, welche als Leiter bedeutender industrieller und kaufmännischer Betriebe mitten im gewerblichen Leben stehen, die sog. Branchenvertretung durchzuführen oder denen in die kaufmännische Vertretung zu verhelfen, welche sich vom Geschäftsleben zurückgezogen haben und ganz der Agitation leben. Die durch eine Vertretung der einzelnen Branchen erforderlich werdende Vermehrung der Mitgliederzahl würde, bei der großen Zahl dieser Branchen in Berlin und Umgegend, aus einem arbeitenden Kollegium ein debattirendes Parlament entstehen lassen.

Uebrigens würde der Beutezug gegen die „reiche Korporation", die „bisher Privilegirten", zu welchem beispielsweise die „Kreuzzeitung" den Handelsminister anzustacheln sucht, nicht so einfach sein, wie man sich das zu denken scheint. Die reichen Stiftungen, deren Erträge zum Theil den Mitgliedern der Korporation bestimmungsgemäß vorbehalten sind, können, so lange es Richter in Berlin giebt, auch mit Hilfe des von der genannten Zeitung angerufenen ministeriellen „sanften Drucks" nicht anderen Destinationen zugewendet werden, wenn auch die lüsterne Begehrlichkeit sich bis zu einer Verhöhnung der „Freiwilligkeit" der Entäußerung der „reichen Korporation" versteigt.

Es dürfte zu Genüge gezeigt sein, daß zu einer Aenderung in der Organisation der kaufmännischen Vertretung von Berlin kein Anlaß vorliegt. Das erst ein Jahr in Kraft befindliche Statut stellte die Einigung der sich widerstrebenden Richtungen dar, und wenn auch hier der preußische Handelsminister sich wieder geneigt zeigt, jedem von der handels- und verkehrsfeindlichen agrarisch-zünftlerischen Rechten ausgehenden Begehren sich zur Verfügung zu stellen, so dürfte wohl die Frage berechtigt sein, ob der Handel und die Industrie Preußens die gleiche Veranlassung zur Zufriedenheit mit ihrer offiziellen Vertretung haben, wie die entsprechenden Erwerbszweige Berlins. Allerdings kann man die Thätigkeit der letzteren Vertretung schwächen, wenn man das eben zum Abschluß gebrachte Resultat alsbald wieder in Frage stellt und ihr vor lauter bureaukratischer Organisationsthätigkeit nicht die Muße läßt, ihrer eigentlichen Aufgabe nachzugehen: der Vertretung der Interessen des gesammten Handels und der gesammten Industrie ihres Bezirks.

Deutsches Reich.

Die Ueberfüllung des ärztlichen Standes.

Nach den Angaben in Böhme's Reichsmedizinalkalender betrug am 15. Oktober 1899 die Zahl der Aerzte in Deutschland 26,689 gegen 25,757 im vorhergehenden Jahre. Bei einer Bevölkerung von 52,251,917 Einwohnern kommen demnach auf 1957 Einwohner 1 Arzt oder auf 10,000 Einwohner 5,1 Aerzte. Im Jahre 1886 betrug die Zahl der Aerzte bei einer Bevölkerungszahl von 46,840,587 Einwohnern 16,292, also 1:2875 oder 3,4 auf 10,000. Die Zahl der Aerzte hat somit um 63,8 Proz., die Einwohnerzahl um 11,5 Proz. zugenommen. Die Bevölkerung hat sich in Berlin um 38,8 Proz., in Hamburg um 30,1 und in München um 58,7 Proz., die Zahl der Aerzte in Berlin um 98,9, in Hamburg um 70,05 und in München um 91,3 Proz. vermehrt. Dabei weisen diese drei größten Städte Deutschlands noch nicht einmal die ungünstigsten Verhältnisse auf, eine ganze Reihe anderer Städte wie Charlottenburg, Halle, Straßburg u. a. m. zeigen noch weit erschreckendere Zahlen. Auch auf dem flachen Lande ist, wie jeder Sachkundige weiß, eine bedeutende Zunahme der Aerzte zu verzeichnen. Schon ein oberflächlicher Blick auf diese Zahlen beweist, daß die überwiegende Mehrzahl der Aerzte unter den heutigen Verhältnissen unmöglich imstande sein kann, in ihrer Berufsthätigkeit für sich und ihre Familie auskömmlichen Verdienst zu finden. Und das um so weniger, als in den letzten Jahren eine Reihe von Faktoren sich geltend gemacht haben, die für das ärztliche Erwerbsleben von der einschneidendsten Bedeutung geworden sind. In dieser Beziehung führt eine Zuschrift an den „Hamb. Korr." u. a. folgendes aus:

Die allgemeinen sanitären Verhältnisse haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte wesentlich günstiger gestaltet. Der wirthschaftliche Aufschwung der letzten Jahre hat zu einer besseren Lebenshaltung in sämmtlichen Kreisen der Bevölkerung geführt, und diese hat im Verein mit den weitgehenden hygienischen Verbesserungen die Zahl der Erkrankungen und damit auch die Sterblichkeitsziffer ganz erheblich herabgedrückt; eine Erscheinung, die gewiß mit Freuden zu begrüßen ist, auch wenn dadurch eine Reihe von Aerzten entbehrlich geworden ist. Ferner sind in den verschiedensten Krankenkassen eine Menge centralisirter Betriebe geschaffen, in denen der betr. Kassenarzt meistens zu einer ziemlich summarischen Abfertigung des Publikums gezwungen ist, um überhaupt mit der großen Zahl der sich Vorstellenden fertig zu werden und bei den meist recht niedrigen Honoraren nur einigermaßen auf seine Kosten zu kommen. Ein weiterer Faktor sind die Krankenhäuser, Polikliniken, Sanitätswachen, Rettungsstationen 2c. Jede derartige Anstalt macht natürlich so und so viel Aerzte überflüssig. Alle die genannten Einrichtungen und Anstalten sind für die Aerzte dasselbe, was die Waarenhäuser für den kleinen und mittleren Kaufmann sind: Centralisirte Betriebe, die mit größeren Mitteln arbeiten und daher mehr zu leisten vermögen als der einzelne. . . . . Wir wollen mit unseren Ausführungen nur darauf hinweisen, daß selbst wenn noch eine vernünftige Proportion zwischen der Zahl der Aerzte und der Bevölkerungszahl existirte, wie dies früher thatsächlich der Fall war, unter den heutigen Verhältnissen doch weniger Aerzte gebraucht würden. Um so schroffer tritt das Mißverhältniß hervor, wenn man die heutige gradezu ungeheuerliche Ueberfüllung des ärztlichen Berufes berücksichtigt. Abhilfe kann hier nur durch ein Mittel geschaffen werden. Es muß sich die Kenntniß der materiellen Nothlage der Aerzte in immer weitere Kreise des Publikums verbreiten, damit der Andrang zum Studium der Medizin aufhört und allmälig wieder normale Verhältnisse eintreten. Wir würden es für durchaus zweckmäßig halten, wenn seitens der Aerztekammern etwa halbjährlich gewissermaßen offizielle Veröffentlichungen erfolgten, die, auf statistische Angaben gestützt, die Verhältnisse so darstellten, wie sie in Wirklichkeit sind. Diese Veröffentlichungen müßten in erster Linie den angehenden Abiturienten zugestellt werden, um sie vor dem Studium der Medizin zu warnen. Eine Menge von Noth und Sorge, von unerfüllten Hoffnungen und getäuschten Mißmut würde dadurch vermieden. Ein derartiges Vorgehen stände durchaus nicht isolirt da. Erst vor wenigen Tagen ging eine Notiz durch die Blätter, daß in Rußland die Regierung eine Verordnung erlassen hat, nach der nur eine ganz bestimmte und verhältnißmäßig kleine Zahl jährlich zum Studium der Medizin zugelassen werden darf. Für russische Verhältnisse gewiß eine ganz verständige Bestimmung, um dem Anwachsen eines ärztlichen Proletariats zu steuern. Wer nicht so viel Vermögen hat, daß er von seinen Zinsen leben kann, der wende sich einem anderen, lohnenderen Berufe zu, der ihm die Möglichkeit bietet, bevor er 50 Jahre alt wird, so viel zu verdienen, um davon sich und seine Familie zu ernähren; wer über hinreichend Mittel verfügt und wen dann gelüstet, sein Lebelang für fast nichts zu arbeiten und all die tausend Unannehmlichkeiten und Entbehrungen des ärztlichen Berufes durchzukosten, der möge sich der Medizin widmen: er wird es bald genug bitter bereuen. Das Bewußtsein allein, einen humanen Beruf zu haben, wird auf die Dauer doch nur wenige befriedigen können.

Politisches.

* Zu dem im vorigen Jahre gestellten, von dem damaligen Minister des Innern v. d. Recke entschieden bekämpften Antrage der Abgg. Kolisch-Kindler, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den Städten und den Landgemeinden in der Provinz Posen eine ihrer Einwohnerzahl und ihrer Steuerkraft entsprechende stärkere Vertretung auf den Kreistagen zu theil werden sollte, hat der jetzige Minister des Innern, Freiherr v. Rheinbaben, Stellung genommen, indem er anerkannte, daß die Posenschen Städte in der That eine verhältnißmäßig geringe Vertretung auf ihren Kreistagen besitzen und über die von der Regierung in Erwägung gezogenen gesetzgeberischen Schritte weitere folgende Mittheilungen gemacht: „Es fragt sich, ob man nicht wenigstens den größeren Kommunen ein größeres Maß von Stimmrecht einzuräumen haben wird. Die Städte in Posen sind ja ganz außerordentlich verschieden; wir besitzen keinen Landestheil, in dem solche Zweigbildungen von Städten vorkommen, wie gerade in der Provinz Posen. Wir haben z. B. eine große Fülle von Städten über 1000 Seelen und die haben jetzt fast das gleiche Stimmrecht wie die großen Städte Inowrazlaw, Gnesen usw. Ob man in der Beziehung eine Differenzirung vornehmen kann, wird augenblicklich erwogen. Es ist in der Beziehung ein Bericht von der Provinzialbehörde eingefordert worden und dieser Bericht steht noch aus." Darnach scheint es, als wenn der Minister des Innern nur eine Vermehrung der städtischen Vertreter ins Auge gefaßt hat, daß er die ständische Vertretung beibehalten und eine Vermehrung der Vertretung der Landgemeinden überhaupt nicht vorschlagen will. Unter diesen Umständen wird die Einbringung des Antrages Kolisch-Kindler aus der vorigen Session wohl nothwendig werden.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Regierungspräsident Scheller in Stralsund beantragte die Bestrafung des „Greifsw. Tagebl." wegen eines von diesem Blatte veröffentlichten Artikels über den Fall Osterroht. Daraufhin schrieb der Gutsbesitzer Becker-Bartmannshagen dem Ersten Staatsanwalt in Greifswald: „Pflichtgemäß beehre ich mich, dem Herrn Ersten Staatsanwalt hierdurch zur amtlichen Kenntniß zu bringen: 1. der fragliche Artikel ist von mir geschrieben, 2. bin ich in der Lage, gerichtlich zu beweisen, daß jede der in jenem Artikel behaupteten Thatsachen der Wahrheit entspricht und die von mir geübte Kritik eine durchaus berechtigte war."

Soziale Angelegenheiten.

* In einer Konferenz der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften des Deutschen Reiches, die am Donnerstag in Berlin zur Besprechung über den dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes betr. Abänderung des landwirthschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes stattfand, wurde der vorliegende Gesetzentwurf für annehmbar erachtet, wenn einige Ausstellungen und Wünsche noch Berücksichtigung finden. So wurde als verfehlt bezeichnet die in das Belieben der Berufsgenossenschaften gestellte Ueberna hme von Mehrleistungen. Nach Ansicht der Konferenz steht die Gewährung von einmaligen Kapitalabfindungen an Stelle der Renten von 20 Prozent und weniger im Widerspruch mit dem Grundsatz der Unfallversicherungsgesetzgebung, für den Ausfall an Erwerbsfähigkeit eine fortlaufende Entschädigung zu geben. Ferner hält die Konferenz an der Anschauung fest, daß Kinder unter 7 Jahren als Arbeiter nicht zu betrachten sind und deshalb einen Anspruch auf Unfallentschädigung nicht haben, und daß bei unfallverletzten noch schulpflichtigen Kindern die Rentenzahlung für die Dauer der Schulpflicht zu ruhen hat. Ferner hält die Konferenz dafür, daß die gesetzliche Frist für die Geltendmachung von Unfallentschädigungsansprüchen des Verletzten auf 1 Jahr und der Hinterbliebenen eines Rentenempfängers auf 6 Monate verkürzt werden muß. In den Beschlüssen der Konferenz heißt es dann weiter: Von der Zulassung der Haftpflichtversicherung können die Berufsgenossenschaften nur Gebrauch machen, wenn ihnen gestattet wird, für ihren Bereich diese Einrichtung zwangsweise durchzuführen. Noch richtiger erscheine die Beseitigung der Bestimmungen, wonach die Betriebsunternehmer für fahrlässige Handlungen in der Ausübung ihres Berufs den Berufsgenossenschaften gegenüber haftpflichtig sind. Die in der Novelle für die Lektionen vorgeschlagene Befugnißerweiterung hält die Konferenz mit einer einheitlichen und ordnungsmäßigen Geschäftsführung der Genossenschaftsverbände nicht vereinbar. Endlich erscheint der Konferenz dringend nothwendig, daß alle der landwirthschaftlichen Unfallversicherung unterworfenen Personen in eine reichsgesetzliche geregelte Krankenversicherung einbezogen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220013/fragment/page=0001

Schule und Kirche.

* **Bekanntlich hat der Unterrichtsminister v. Bosse mit Zustimmung des Landtags verordnet, daß nur solche Mediziner zum Physikatsexamen in Preußen zugelassen werden, die an einer preußischen Universität promovirt haben. Die Verordnung hatte sofort eine nicht unwesentliche Veränderung des Besuchs der Vorlesungen an den bayerischen Universitäten — namentlich in Würzburg — zur Folge. Auf erfolgte Einsprache des bayerischen Kultusministeriums hin ist nunmehr zwischen der bayerischen und preußischen Regierung ein Uebereinkommen getroffen worden in Bezug auf gleichmäßige Promotionsbedingungen, mit deren Einführung die oben erwähnten Vorbedingungen zur Zulassung zum Physikatsexamen in Preußen fallen gelassen werden.**

Volkswirthschaftliches.

* **Der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller ist auf Grund zuverlässiger vertraulicher Mittheilungen in der Lage, den Gewerbetreibenden wiederholt anzurathen, beim Gebrauch der englischen Sprache auf den von ihnen nach England eingeführten Waaren den Zusatz „Made in Germany", der überdies den Ruf und das Ansehen der deutschen Industrie hervorragend gefördert hat, auch fernerhin durchaus beizubehalten.**

Halle und Umgegend.

Halle, 20. Februar.

— **Handwerkskammer in Halle.** Für die Wahl der Mitglieder des Gesellenausschusses ist der Regierungsbezirk Merseburg in 7 Wahlbezirke eingetheilt worden: 1.: Kreise Bitterfeld-Delitzsch, 2.: Naumburg-Eckartsberga-Zeitz 3.: Schweinitz-Liebenwerda-Torgau-Wittenberg, 4.: Mansfelder Seekreis-Mansfelder Gebirgskreis-Sangerhausen, 5.: Merseburg-Querfurt, 6.: Halle-(Saalkreis), 7.: Weißenfels Stadt und Land. — In jedem Wahlbezirk ist ein Mitglied und ein Ersatzmann zu wählen. Die Stimmzettel für die Wahl werden den wahlberechtigten Gesellenausschüssen der Handwerkerinnungen von den Wahlkommissaren zugestellt.

— (Mit dem Baudes neuen Amtsgerichtsgebäudes) soll am 1. April 1901 begonnen werden. Ein früherer Anfang ist nicht möglich, da die Pläne, Zeichnungen usw. noch nicht genügend vorgeschritten sind.

— (Das Weltpanorama) hat bei seiner Wiedereröffnung an neuer Stätte im Hause Gr. Ulrichstraße 6, I, nichts von seiner früheren Anziehungskraft eingebüßt; kam es doch gleich am Eröffnungstage, dem vorgestrigen Sonntag, so, daß zeitweilig nicht alle Besucher placirt werden konnten. Die Serie, mit der das Weltpanorama diesmal angetreten ist, erweist sich als eine der schönsten Darstellungen, die wir auf photographischem Gebiete bisher kennen lernten: wer würde aber auch nicht gepackt von den reizvollen Landschaftsbildern, die sich im Puterthale erschließen, oder von den gewaltigen Felsscenerien, die das Gebiet der Dolomiten so eigenartig charakterisiren! Und alle diese Ansichten sind in einer so künstlerischen Weise erfaßt und wiedergegeben, so ungemein fein und diskret auch in der Färbung, und dabei so vorzüglich beleuchtet, daß man neben der Schönheit und Größe der Naturerscheinungen immer wieder auch die Technik bewundert, die diese Erscheinungen so plastisch und getreu weiter vermittelt. Es würde natürlich zu weit führen, auf Einzelheiten der 50 Darstellungen besonders einzugehen, jedenfalls darf konstatirt werden, daß der Besuch des Weltpanoramas sich auch im neuen Heim als ein stets genußreicher und immerfort anregender erweist, so daß zu den zahlreichen bisherigen Freunden bald noch viele neue hinzukommen dürften. Für nächste Woche sind Darstellungen aus der Sächsischen Schweiz angekündigt.

— (Ein verrückter Streich) muß es gewesen sein, von dem uns berichtet wird: Kommt da in der Magdeburgerstraße ein sonst anständig gekleideter junger Mann völlig barfuß im Laufschritt angerannt in der Richtung nach der Steinstraße zu. Wie man behauptet, soll er infolge einer der so oft vorkommenden wahnsinnigen Wetten diese Laufur in Ammendorf begonnen und bis Halle fortgesetzt haben, und daß im Laufschritt. — Es ist dies ein mit der Gesundheit getriebenes frevelhaftes Spiel und der Nachahmung entschieden nicht zu empfehlen.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Halle.

Montag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr.

Am Vorstandstische die Herren Geh. Regierungsrath Professor Dr. Dittenberger, Geh. Kommerzienrath Bethcke und Fabrikbesitzer Billing.

Eine Petition der Saalbesitzer, unterzeichnet von Herrn Hugo Tragdorf, ist eingelaufen, die eine Abänderung der Lustbarkeitssteuer beantragt. Die Petition wird der Finanzkommission überwiesen, damit diese bei Berathung der Steuern zu dieser Petition Stellung nimmt.

1. Verzicht auf den Widerspruch gegen bauliche, in die Fluchtlinie fallende Umwandlungen im Hause Kl. Klausstr. 3. (Ref. Stadtv. Schmidt. Der Magistrat schlägt vor, gegen die von dem Kürschnermeister Richter im Hause Kl. Klausstr. 3 beabsichtigten Abänderungen (Umwandlung eines Ladens in eine Schlafstube), trotzdem sie in einem von der Fluchtlinie durchschnittenen Raume vorgenommen werden sollen, einen Widerspruch aus § 11 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 nicht zu erheben und daß insbesondere die übliche grundbuchliche Eintragung nicht gefordert wird, weil eine Werthserhöhung des Grundstücks durch die Veränderung nicht zu befürchten ist. Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu.

2. Der Haushaltsplan der Hospitalverwaltung für 1900 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 75,800 M. (Ref. Stadtv. Ahmann) und wird mit unwesentlichen Abänderungen angenommen.

3. Erwerb von Land an der Mansfelderstraße. (Ref. Stadtv. Krüger und Stadtv. Hofmeister.) Der Magistrat schlägt vor, die von der Konsolidirten Hallenschen Plännerschaft aus Anlaß der Regulirung der Mansfelderstraße abgetretene Landfläche von ca. 9 qm Größe mit 50 M. pro qm zu bezahlen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt.

4. Verpachtung der südlichen Hälfte des Giebichensteiner Pfarrackers. (Ref. Stadtv. Berghaus und Stadtv. Apelt.) Der Magistrat beantragt zuzustimmen, daß die südliche Hälfte des Giebichensteiner Pfarrackers von 1 ha 66 ar 60 qm Größe — 34 ar 90 qm bleiben ausgeschlossen, weil diese Fläche zur Regulirung des Wettiner Platzes gebraucht wird — vom 1. Oktober 1899 ab auf sechs Jahre an den Oekonomen August Banse zu Giebichenstein unter den von ihm unterschriebenen Pachtbedingungen vom 20. v. Mts. und zu dem jährlichen Pachtzinse von 130 M. verpachtet wird. Wenn dieser Pachtzins auch gering ist, so empfiehlt der Magistrat doch, den Zuschlag zu ertheilen, weil einmal bei Zusammenrechnung des Pachtzinses für den ganzen Giebichensteiner Pfarracker immerhin 25 M. auf den Morgen entfallen und weil der Magistrat ferner von einer nochmaligen öffentlichen Ausbietung kein besseres Resultat erwartet, da Banse einziger Bieter gewesen ist. Auf das Anerbieten von Banse, einen höheren Pachtzins zu zahlen, falls die Stadt das verpachtete Ackerstück mit einem Bretterzaun umgiebt, ist der Magistrat nicht eingegangen, weil nach seiner Ansicht der Stadt durch dieses Anerbieten keine Vortheile erwachsen. Der Magistratsantrag wird gutgeheißen.

5. Verpachtung der Rathswiese. Der Magistrat legt die Verhandlungen über Neuverpachtung der großen Rathswiese in 28 Parzellen auf die sechs Nutzungsjahre 1900—1905 mit dem Antrage vor, sich mit Ertheilung des Zuschlags an die Bestbietenden einverstanden zu erklären. Wenn auch das gebotene jährliche Pachtgeld im Gesammtbetrage von 1297 M. den bisherigen Pachtertrag von 1625 M. nicht erreicht, so empfiehlt der Magistrat doch, den Zuschlag zu ertheilen, weil er die Wiese zweimal öffentlich ausgeboten hat und angesichts der schlechten Erfahrungen, die er in letzter Zeit bei Verpachtungen gemacht hat, sich von einem dritten Verpachtungstermin keinen besseren Erfolg verspricht.

Stadtv. Berghaus namens der Agrarkommission bittet, dem Vorschlage zuzustimmen, Stadtv. Richter namens der Finanzkommission schlägt indessen vor, mit Rücksicht darauf, daß, obgleich der letzte Verpachtungstermin am 27. Dezember ein recht ungünstiger war und sich trotzdem bei einzelnen Parzellen eine äußerst lebhafte Konkurrenz entwickelte, die Ausschreibung der Wiese im Mai nochmals vorzunehmen, es würden sich dann wohl höhere Preise erzielen lassen. Nachdem Stadtv. Rosch den Antrag des Magistrats empfohlen hatte und durchblicken ließ, lieber die Wiese mal zu verschenken als sich auf eine lange Reihe von Jahren hinaus auf niedrige Angebote festzulegen. Auch Stadtv. Schmidt ist eventuell mit diesem letzten Gedanken einverstanden und schlägt vor, die Verpachtung auf eine geringere Anzahl von Jahren vorzunehmen. Vielleicht wäre eine Verpachtung des Grases auf dem Stiele angebracht. Schließlich wird unter Ablehnung der sonstigen Anträge der Antrag der Finanzkommission angenommen: zum Mai soll die Verpachtung nochmals ausgeschrieben werden.

6. Verpachtung der Glauchaischen Gemeindewiese. (Ref.: Stadtv. Berghaus und Stadtv. Schmidt.) Der Magistrat beantragt, zuzustimmen, daß die Glauchaische Gemeindewiese von 2 ha 13 ar 20 qm Größe auf die sechs Nutzungsjahre 1900 bis einschließlich 1905 an die Kommanditgesellschaft Gebr. Nagel in Trotha unter den Bedingungen vom 17. Okt. 1899 und zu dem jährlichen Pachtzinse von 250 M. verpachtet wird. Wenn auch der bisherige Pachtzins 297 M., also 47 M. mehr als der jetzt gebotene Pachtzins beträgt, so hat der Magistrat doch davon Abstand genommen, einen zweiten Verpachtungstermin anzuberaumen, weil der Oberinspektor Schröder, der im Verpachtungstermin am 18. Okt. der einzige Bieter gewesen ist, sich geweigert hat, in einem zweiten Verpachtungstermin mit seinem Gebot von 250 M. anzubieten und daher zu befürchten steht, daß in dem zweiten Verpachtungstermin ein geringeres Gebot erzielt werden wird. Der Antrag wird angenommen.

7. Die Rechnung der Hospitalkasse für 1897/98 ergiebt in Einnahme 283,934.82 M. und in Ausgabe 286,964 66 M. Der Vorschuß wird durch die zu Anfang April 1898 eingegangenen Pächte gedeckt. (Ref. Stadtv. Klopfleisch.) Die Rechnung wird entlastet.

8. Feststellung des Haushaltsplanes der Kämmereikasse für 1900.

Kap. II, Grundeigenthum (Ref. Stadtv. Keil), wird mit geringen Aenderungen angenommen. Stadtv. Krüger legt Protest ein gegen das Verhalten, welches der Magistrat gegenüber dem Pächter von „Freiberg's Garten," Herrn Gümsch, an den Tag legte. Der Magistrat habe dem Pächter zu verstehen gegeben, er möge es sich zur Nichtschnur dienen lassen, sich bei Saalvergebungen mit der sozialdemokratischen Partei so wenig als möglich einzulassen.

Kap. V. Kapital- und Schulden-Verwaltung (Ref. Stadtv. Hofmeister) wird angenommen.

Kap. VIII. Staats- und Provinziallasten (Ref. Stadtv. Hofmeister) wird angenommen.

Kap. IX. Kirchenwesen (Ref. Stadtv. Apelt) wird angenommen.

Kap. X. Schulwesen (Ref. Stadtv. Keil) wird angenommen.

9. Die Rechnungen des Schlacht- und Viehhofes für 1896/97, sowie des Erneuerungsfonds stimmen in Einnahme und Ausgabe überein, und zwar: die Rechnung des Schlachthofes mit 455,950 M., die des Viehhofes mit 53,122.81 M., und die des Erneuerungsfonds mit 92,432.30 M. (Ref. Stadtv. Ahmann). Die Entlastung wird ertheilt.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Der Streik hat im diesseitigen Revier auf einer ganzen Anzahl von Gruben begonnen; nicht angefahren sind die Arbeiter am Montag auf folgenden Gruben v. d. Heydt-Ammendorf von einer Belegschaft von 300 Mann erschienen nur 3), Klara bei Gröbers (es erschienen nur 6 Mann), Neuglücker-Verein bei Nietleben, Rieferschacht bei Zwintschöna, Glückauf bei Seeben, Karl Ernst bei Trotha und Nadewell-Osendorf. Unbekannt ist noch die Haltung der Arbeiter auf Grube Dreierhaus bei Ammendorf, deren Belegschaft 300 Mann stark ist. Wie das „Volksblatt" mittheilt, hat der Verbandsvertreter Pokorny die Grubenverwaltungen zu einer gemeinsamen Einigungs-Verhandlung auf morgen, Mittwoch abend, eingeladen, zu der jede Belegschaft eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission entsenden wird; diese Kommissionen sollen mit den Grubenvertretern direkt über die Forderungen der Arbeiter berathen.

Auf Grube Neuglücker Verein bei Nietleben ist heute ein Theil der Belegschaft eingefahren, während gestern niemand eingefahren war. Kohle wird hier indeß nicht verkauft, da die geförderte Kohle von der Verwaltung selbst gebraucht wird. Auf Grube Altzscherben ist heute ein großer Theil der Belegschaften eingefahren.

— Die gestrige Bergarbeiter-Versammlung in Nietleben beschloß in den Streik einzutreten.

— Zur Bewegung unter den Bergarbeitern im diesseitigen Braunkohlenbezirk schreibt man uns: Obgleich die einzelnen Grubenverwaltungen der mitteldeutschen Braunkohlenbezirke in ihrer Antwort an die Unterzeichner der gemeinsamen Forderungen der Bergleute sich bereit erklärt hatten, mit ihren eigenen Belegschaften zu verhandeln, hat am Sonntag eine Bergarbeiter-Versammlung im „Letzten Dreier" zu Halle beschlossen, ohne Verhandlungen am Montag in den Streik einzutreten, und diesem Beschlusse gemäß sind die Bergleute auf den großen Gruben bei Halle heute gar nicht oder nur theilweise eingefahren. Ein eigenthümliches Licht auf die Arbeiterführung wirft es, daß der Berichterstatter in der Versammlung von der Bereitwilligkeit der Grubenverwaltungen, mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln, nichts gesagt hat und auf eine bezügliche Berichtigung eines Anwesenden keine Veranlassung genommen hat, die schwerwiegende Versäumniß nachzuholen. Dagegen ist es erfreulich zu hören, daß die Belegschaften in den Weißenfels-Zeitzer Bezirken im Bewußtsein der schwerwiegenden Entscheidung und der Wichtigkeit eines friedlichen Ausgleiches beschlossen, den ihnen von den Werksverwaltungen angebeuteten Weg der Verhandlungen zu betreten.

*

Zeitz, 19. Febr. Aus dem Braunkohlenrevier ist zu melden, daß am gestrigen Sonntag an 9 verschiedenen Orten Versammlungen von Bergarbeitern abgehalten wurden. Die in Brödtz bei Theißen abgehaltene Versammlung war von circa 140 und die in Zeitz von ca. 250 Personen besucht, unter denen aber viele nicht Bergarbeiter waren. In den Versammlungen wurde der böhmische Bergarbeiterstreik und die Lohnbewegung im mitteldeutschen Reviere besprochen und auf den Ernst der Lage hingewiesen, jetzt in einen Streik einzutreten, da einestheils der Stand der Organisation noch viel zu wünschen übrig lasse, und anderntheils es an Mitteln fehle, die Streikenden kräftig zu unterstützen. Es wurde den Versammelten eröffnet, daß beim Ausbruch eines eventuellen Streiks die sich betheiligenden Arbeiter in den ersten 14 Tagen keinerlei Beihilfen erhalten würden. Es ist daher bezeichnend, wenn in der Brödtzer Versammlung von einem Arbeiter betont wurde, daß unter der Bergarbeiterschaft im allgemeinen keine Sympathie für einen Streik vorhanden sei. Es wurde daher u. a. hier der einstimmige Beschluß gefaßt, daß von den einzelnen Belegschaften Kommissionen gewählt würden, die den Bergwerksverwaltungen nochmals die Forderungen unterbreiten. In Zeitz war übrigens die Stimmung ebenso. Hier eröffnete der Redner des Abends, Schulze-Zangenberg, daß ihm aus Hohenmölsen ein Telegramm zugegangen sei, nach welchem die Bergarbeiter des Halleschen Reviers beschlossen hätten, bereits morgen in den Streik zu treten.

Altenburg, 19. Febr. Die Meuselwitzer Bergleute verhalten sich noch abwartend, sie streiken vorläufig nicht.

Meuselwitz, 19. Febr. Die Grubenverwaltungen des Meuselwitzer Braunkohlenreviers beschlossen in einer heutigen Sitzung, Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit generell abzulehnen, dagegen nach Befinden die Löhne der Tagesarbeiter aufzubessern und die übrigen Forderungen der Arbeiter in Erwägung zu ziehen. Gleichfalls heute wurden die Abordnungen der übrigen Belegschaften von den einzelnen Grubenverwaltungen empfangen und mit ihnen unterhandelt. Das Resultat der Unterhandlungen soll heute Abend in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung bekannt gegeben und über die weiteren Schritte Beschluß gefaßt werden.

Zwickau, 19. Febr. Der Streik wächst. Von der Nachtschicht streikten am Sonnabend 2351 von 4766. Bei der heutigen Frühschicht waren 3242 von 8690 Mann ausständig. Drei große Werke mußten die Tag- und Nachtschicht zusammenlegen. Im ganzen sind über 8000 Mann im Streik. — Sozialdemokratische Abgeordnete wollen im Landtag wegen des Versammlungsverbotes interpelliren. — Der Kohlenversandt betrug am Sonnabend 3335 Tonnen.

Prag, 19. Febr. Der gestrige Sonntag ist überall ruhig verlaufen. Der Ausstand in den böhmischen Revieren ist stationär.

Brünn, 19. Febr. Im Rossitzer Braunkohlenrevier wird voll gearbeitet.

„Aschermittwoch" von Eugen Urban.

Es ist das Lied, das dunkle Lied der Noth,
Der Winternacht, aus Lenzessturm geboren,
Der Schrei Ertrinkender, die Halt und Ziel
Und Ankergrund im Lebensstrum verloren.

Es ist der Durst nach Frieden, Glück und Lust,
Der Sehnsuchtsruf von Millionen Lippen,
Verdorrt und blühend, welk und jugendheiß:
Ein einzig Mal vom Freudenkelch zu nippen.

Anna Ritter.

„Also das soll unn Kunst sein! Ich will blos sehen, was die uns noch alles bieten werden!" So vernahm ich im Kunstsalon von Tauch & Grosse eine Stimme neben mir und als ich mich umsah, da gewahrte ich, wie eine Dame ihr Antlitz von einem großen Gemälde abwandte, um dann vermittels eines Lorgnons ihr kunstfinniges Herz an einigen billigen Harmlosigkeiten für die eben ausgestandene Pein schadlos zu halten.

Was ist Kunst? — Kunst ist die höchste Potenz des Könnens. — Wer ist ein Künstler? — Jeder, der sein Können so weit ausgebildet hat, daß er die Vollendung, wenn nicht erreicht, so doch streift, jeder, der imstande ist, die Gedanken, die ihn bewegen, so wiederzugeben, daß der Zuschauer, Hörer oder Beschauer die Empfindung hat, hier vor einem außergewöhnlichen Menschen zu stehen, dem es gelungen ist, in vollendeter Weise das zum Ausdruck zu bringen, was ihn bewegt, und so zum Ausdruck zu bringen, wie es seine Individualität bedingt. — Denn ohne Individualität ist keine Kunst. Schablonengeist ist Handwerk. — Eine solche stark ausgeprägte Individualität besitzt Eugen Urban, dessen großes Gemälde „Aschermittwoch" jener Dame die oben berichteten Worte entlockte.

In dem großen Hauptbilde sehen wir eine wenig fruchtbare Landschaft, über der noch die Nebel des dämmernden Morgens lagern. Von den Anhöhen herab glänzen noch aus den Häusern die bunten Lichter des Faschingstaumels, und den dunklen Weg entlang irrlichteliren die kleinen Lampions in den Händen müder Gestalten, die durch den fröstelnden Morgen den Heimweg antreten, um dann, nachdem sie sich nun im sinnlosen Faschingstreiben ausgetollt haben, wieder ein langes Jahr in dem harten Joch der Arbeit dahinzuleben, wie das Menschenpaar im Vordergrunde, das auf dem weiten Felde, über dem die Nebel der graublauen Morgendämmerung lagern, schon wieder in harter Arbeit frohnbet. — Da geht ein Menschenpaar vor einen Pflug gespannt. Im Vordergrund das nackte Weib, nur ein einfaches Tuch um die Lenden. Die goldblonden Haare sind einfach gescheitelt und auf dem Nacken in einen Knoten verschlungen. Den Strick, an dem sie den Pflug zieht, hat sie sich über den Leib gelegt und schreitet aus. Die blauen Augen starren, von endlosem Weh durchzittert, nach dem Himmel, und der Gram hat seine tiefen Furchen um die Augenhöhlen gezogen. Mit der Linken hält sie den unter dem schneidenden Strick schmerzenden Busen, während die fünf Finger der Rechten auseinandergekrallt nach dem Erdboden langen, als wollten sie sich da einen Halt suchen. Und dem Weib zur Linken geht der Mann, den Strick um die linke Schulter, den breiten Stiernacken gebeugt, den Kopf zur Erde gesenkt, die harte Noth der Entbehrung in die durchfurchten Züge gegraben. Er verrichtet sein Tagewerk im resignirten Ergeben. Er empfindet sein Elend nicht mehr, er hat sich daran gewöhnt. Ihn hat das Leben mürbe gemacht. Doch das Weib hofft noch bis zum letzten Athemzug. Sie hält das Haupt hoch, und richtet ihre Augen nach der Sonne, der Mann stiert zur Erde. In dieser Gegenüberstellung liegt auch die Lösung des Bildes, dieser Gedanke, daß das Weib es ist, das die Menschheit noch aufrecht erhält in allem Elend, das zieht sich auch durch die dem großen Hauptbilde als Erläuterung gegebenen Seitenbilder hindurch. Auf dem linken Seitenbilde sitzt die Frau bis in den grauenden Morgen hinein fleißig an der Nähmaschine, während ihr Eheherr rechts von der letzten Redoute heimkehrt, wo er die von dem gequälten Weibe erarbeiteten, erdarbten Groschen durchgebracht hat. Und das rechte Seitenbild ist das Ende von all dieser Maskerade und diesem Mummenschanz, den man „Leben" nennt. Ein einsames Grab in einem Haine von Lebensbäumen und dahinter ein schlichtes Kreuz auf Haideboden. Hier hat alles Erdenleid ausgerungen, und sieghaft strahlt das Kreuz der Erlösung. — Auch das technische Problem, die Wiedergabe des Zwielichts auf freiem Felde, in geschlossenem Raum und in seinen Wirkungen auf den nackten menschlichen Körper ist vortrefflich gelöst, und das Ganze übt trotz des jammervollen Elends eine tiefgehende künstlerische Wirkung auf den ruhigen Betrachter aus.

Denn schlimmer kann kein Mensch arbeiten müssen, als dies Menschenpaar unter diesem Zwinghern mit dem Paviangesicht, der, die Peitsche in der Rechten, den Kopf hoch erhoben, das Gespann lenkt. Alles, was man an thierischer Rohheit sich denken kann, ist in die Züge dieses Scheusals eingegraben. Es schaudert einen fast, wenn man diese herzlose Gestalt sieht mit ihrem fürchterlichen Cynismus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220013/fragment/page=0002

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

Bonn, 18. Febr. Nach der „Voss. Ztg." verlautet, daß zum Nachfolger des durch seine Mitarbeit am Bunsen'schen Bibelwerke in weiten Kreisen bekannten Professors Dr. Kamphausen hier ein orthodox-lutherischer Rostocker Theologe, Prof. König, berufen worden sei und daß er diesen Ruf angenommen habe. Wenn sich, wie wahrscheinlich ist, diese Nachricht bestätigt, so würde das eine neue Verletzung der Bonner theologischen Fakultät bedeuten.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

— **Für Errichtung eines Denkmals der Frau Rath in Frankfurt** veröffentlicht jetzt der Ausschuß, an dessen Spitze Herr Oberbürgermeister Adickes steht, einen Aufruf. Es heißt darin: Unter dem Protektorate der Frau Prinzessin Friedrich Karl von Hessen hat sich ein Ausschuß Frankfurter Frauen gebildet, um der bedeutendsten Frau unserer Vaterstadt ein Denkmal zu setzen. Die Feier von Goethe's hundertfünfzigstem Geburtstage hat unter allgemeiner begeisterter Theilnahme der gesammten Bürgerschaft Frankfurts stattgefunden. Der große Dichter und Mensch ist aufs Höchste geehrt worden; aber für Goethe's Mutter ist hier noch kein Denkmal geschaffen. Es gilt daher zu ihrer und zu unserer Ehre, Goethe's Mutter ein Denkmal zu errichten, welches Zeugniß dafür ablegen soll, wie sich ihr Andenken bei uns gestaltet wird. Wir bitten unsere Mitbürgerinnen und auch alle deutschen Frauen außerhalb Frankfurts, uns ihre werthätige Beihilfe zu Theil werden zu lassen.

— **In Philippopel** wurde kürzlich ein interessanter Fund gemacht. Beim Ausgraben eines Grabhügels in der Nähe der Stadt wurde ein vollständig erhaltener römischer Triumphwagen aus dem 4. Jahrhundert v. Chr. entdeckt. Alle Beschlagtheile, die aus Messing sind, befinden sich in sehr gutem Zustand. Man fand gleichzeitig fünf Todtenschädel, mehrere Schwerter und Lanzen, Thränenkrüge und kleine Topfarbeiten. Der Wagen mit allem Zubehör ist gegenwärtig im Museum der Stadt ausgestellt und soll auf Wunsch des Fürsten Ferdinand in Philippopel bleiben.

— Wie uns soeben mitgetheilt wird, geht mit dem Jahrgange 1900 Kürschner's Staatshandbuch, das bisher im eigenen Verlage des Herausgebers erschien, in den Besitz der G. J. Göschen'schen Verlagshandlung in Leipzig über. Wir werden bei Erscheinen der neuen Ausgabe, voraussichtlich im Mai d. J., näher auf das vortreffliche Nachschlagebuch, das geradezu einzig in seiner Art und für jedermann von hohem Werthe ist, zurückkommen.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 19. Febr. [Strafkammer.] Aus Noth, wie er angab, hatte der Gärtner Karl Steinacker aus Brehna am 13. Jan. in Salzfurth gebettelt und dabei die Gelegenheit benutzt, beim Gutsbesitzer Dieter eine silberne Taschenuhr zu stehlen. Er ist 49 Jahre alt, aus Trossen bei Wittenberg gebürtig und mehrfach wegen Diebstahls bestraft, wonach er sich jetzt im wiederholten Rückfalle befand. Mit Rücksicht auf seine Nothlage und weil er keinen Schaden verursacht, auch seit langer Zeit sich keine Strafe zugezogen hatte, wurden ihm mildernde Umstände bewilligt. Das Urtheil lautete auf 9 Monate Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust, außerdem wegen Bettelns auf eine Woche Haft, die aber als durch seine Untersuchungshaft verbüßt erklärt wurde.

Ebenfalls geständig war der wegen schweren Diebstahls angeklagte 22 Jahre alte, bisher unbestrafte Stallschweizer Max Torke aus Rötzsch bei Bitterfeld. Er ist aus Breslau gebürtig und war in Rötzsch in Stellung. Dort entwendete er dem Brauerhilfen Klaus, der ihm einmal sein exparrtes Geld gezeigt hatte, am 16. Jan. aus einem verschlossenen Koffer mittels Eintrechen des Verschlusses 33 M. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde er zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt mit ihm seine Untersuchungshaft abgerechnet.

Einen sehr vortheilhaften Handel hatte der Handelsmann Reinhold Schmidt in Giebichenstein im vorigen Herbst gemacht, indem er 90 Pfd. Rothguß — sehr werthvolles Metall — für 24 M. kaufte und am selbigen Tage beim Wiederverkauf 49,50 M. dafür erhielt. Aber das Geschäft hatte ein unangenehmes Nachspiel. Am 4. Nov. wurde nämlich entdeckt, daß jenes Metall gestohlen war, worauf eine Anklage folgte wegen Diebstahls und Hehlerei. Angeklagt waren der Arbeiter Wilh. Kirchner aus Trotha und der Handelsmann Reinhold Schmidt, sowie der Gelbgießer Peter Vogler aus Giebichenstein, letztere beide wegen Hehlerei. Kirchner räumte unumwunden ein, vom Frühjahr bis zum Herbst v. J. bei Abbruchsarbeiten auf der Grube „Frohe Zukunft" bei Halle, wo er beschäftigung hatte, nach und nach Maschinentheile von Rothguß (Bedachlager, Lagerdeckel usw.) weggenommen und dieses Metall dem Handelsmann Reinhold Schmidt in Giebichenstein zum Kaufe angeboten zu haben. Schmidt habe es abgeholt und 24 M. bezahlt. Kirchner wollte sich nichts Schlimmes dabei gedacht haben, gab aber zu, daß er einen Fehler begangen habe. Schmidt behauptete, als Rohproduktenhändler befasse er sich auch mit dem Ankaufe alten Metalls. Daß der Rothguß aus Diebstählen herrühre, habe er nicht gewußt. Verkauft habe er die 90 Pfd. an Vogler, weil er gewußt, daß dieser solches Metall stets gebrauchen könne. Vogler habe den in solchen Fällen üblichen Preis bezahlt, für das Pfund 55 Pfg. Dies erklärte Vogler als richtig mit dem Hinzufügen, er würde noch mehr gegeben haben, wenn das Metall rein gewesen wäre. Daß er von jenem Metall gleich etwas eingeschmolzen, versuchte Vogler durch die Erklärung, er habe damals eine eilige Bestellung nach Merseburg zu besorgen gehabt, plausibel zu machen. Belastend für Schmidt erschien noch, daß er jenen Ankauf und Weiterverkauf nicht in sein Geschäftsbuch eingetragen hatte. Der vom Angeklagten Vogler benannte Sachverständige Former Paul Wegner bekundete gutachtlich, daß das Kilogramm Rothguß (als altes Metall) werde gewöhnlich 1.10 M. oder 1.20 M. bezahlt. Dies stimme also mit dem von Vogler bezahlten Preise überein. Kirchner wurde zu zwei Monaten, Schmidt als Hehler zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, Vogler dagegen mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

In der Nacht vom 8. zum 9. Oktober v. J. — Sonntag zum Montag — war es in Siegelsdorf bei Staumsdorf anläßlich eines Tanzvergnügens zu einer argen Schlägerei gekommen, die eine Anklage wegen qualifizirter Körperverletzung zur Folge hatte. Angeklagt waren die Dienstknechte Karl Feder, Franz Müller, Albert Aerche und Karl Hecht aus Ostrau. Aerche ist der Jüngste dieser Burschen, 17¾ Jahre alt. Zur Last gelegt wurde den Angeklagten damals, den 24 Jahre alten Arbeiter Karl Rathmann aus Brachstedt gemeinschaftlich durch Schläge mißhandelt zu haben. Der Angeklagte Feder soll dabei ein Messer gebraucht haben. Die Angeklagten erklärten, es sei im Tanzsaale ein kleiner Wortwechsel mit einem Arbeiter Namens Meinhardt entstanden, wobei einem von ihnen die Cigarre aus dem Munde geschlagen worden sei. Dann habe es Ohrfeigen gesetzt und schließlich seien mehrere der Anwesenden gegeneinander losgegangen. Daß sie auf Rathmann losgeschlagen, gaben die Angeklagten als richtig zu, behaupteten aber, sie hätten nur mit den Händen geschlagen und sich gewehrt, weil sie selbst Schläge bekommen hatten. Erwiesen wurde, daß jeder den Rathmann durch Schläge mit den scharfen Kanten eines zugeklappten Taschenmessers vier Wunden auf dem Kopfe beigebracht hatte, glücklicherweise nicht gefährlicher Art. Der Verletzte ist zwei Tage arbeitsunfähig gewesen. Der Angeklagte wurde zu 4 Monaten, jeder der drei anderen zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Die erst am 3. und 15. Januar d. J. wegen Diebstahls zu 5 Monaten und 14 Tagen Gefängniß verurtheilte Dienstmagd Emilie Kuhfeld aus Delitzsch stand wiederum wegen Diebstahls und Betrugs unter Anklage, diesmal im wiederholten Rückfalle. Mitangeklagt wegen Betrugs war die Gesindevermietherin Witwe Friederike Aermel aus Bitterfeld. Die Kuhfeld hatte am 30. August v. J. in Zschortau und Brodamandorf Wäschestücke, die zum Trocknen im Freien hingen, namentlich Kinderzeug, sich angeeignet, war aber durch einen Radfahrer verfolgt und eingeholt. Betrugsfälle lagen zwei vor. Durch Vermittelung der Frau Aermel hatte die Kuhfeld im Juli bezw. August v. J. in der Nähe von Bitterfeld Dienst erhalten, erst beim Gutsbesitzer Albert Werner in Hinsdorf und nach dem Verlassen dieser Stelle beim Gutsbes. Karl Wilhelm in Mutschlena, wobei sie verschwiegen, daß sie im Zustande der Graviditäit war. Hätte sie diesen Zustand angegeben, so würde sie nicht in Dienst genommen worden sein. Der Vermittlerin Aermel hatte die Kuhfeld jene Thatsache ebenfalls verschwiegen und sonach war Frau Aermel selbst getäuscht worden. Unter Zubilligung mildernder Umstände erhielt sie ein Jahr Gefängniß. Frau Aermel wurde freigesprochen.

Günstigen Erfolg mit seiner Berufung erzielte der Lotteriecollecteur Hoppe aus Bremen, der vom Schöffengericht zu Bitterfeld wegen Lotterievergehen zu 60 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurtheilt worden war. Der vorliegende Fall betraf das Verkaufen bezw. Anbieten von Loosen der Mecklenburg-Schwerinschen Staatslotterie. Zur Begründung seiner Berufung hatte der Angeklagte, der auf seinen Antrag vom Erscheinen entbunden war, zu den Akten erklärt, er sei bereits wegen desselben Delikts in Altona zu 40 M. Geldstrafe oder 8 Tagen Haft verurtheilt worden und könne deshalb nicht nochmals bestraft werden, da hier der Rechtsgrundsatz: „Ne bis in idem" zur Anwendung zu bringen sei. Nach jener in Altona erfolgten Verurtheilung sei er in Mecklenburg (Reg.-Bez. Potsdam) aus dem angeführten Grunde freigesprochen worden. Diese Angaben erwiesen sich als zutreffend. Demgemäß erfolgte unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urtheils die Freisprechung des Angeklagten.

Karlsruhe, 16. Febr. [Anonyme Schmähbriefe.] Seit mehreren Jahren erhielten Angehörige des hiesigen Hoftheaters anonyme Briefe unflätigsten Inhalts, auch solche, in denen Angestellte bei den Vorgesetzten verdächtigt wurden. Am wenigsten wurde Generalmusikdirektor Motti geschont, dem u. a. auch ein Kistchen mit schmutzigem Inhalt zugesendet wurde. Der Verdacht fiel zuerst auf einen Schauspieler, der seine Kündigung erhielt. Schließlich kam man der Briefstellerin, einer Dame, doch auf die Spur, und sie stand in der Person der Chorsängerin Frau Hagen vor dem Schöffengericht. Die Oeffentlichkeit war auch für die Presse ausgeschlossen. Die Angeklagte, die 15 Jahre am Hoftheater als Chorsängerin thätig war, wurde zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt.

Provinzialnachrichten.

* **Aschersleben**, 19. Febr. [Eisenbahn-Unglück.] Auf der diesseitigen Kleinbahn, zwischen Schadeleben und Cochstedt (unweit Hakelforst), hat sich am letzten Sonnabend gegen Mittag ein Unglücksfall zugetragen. Der um 11 Uhr von hier abfahrende Zug dampfte mit 2 Maschinen seinem Ziele zu, und war bis zu der eben angegebenen Stelle gekommen, als die Kuppelung der vorderen Maschine riß, und diese einen Vorsprung erzielte, der aber nicht groß genug war, daß schließlich die zweite Maschine, trotz Retourdampf, an die erste Maschine so heftig anprallte, daß letztere aus dem Gleise heraussprang. Der Anprall war so gewaltig, daß alle Passagiere und Beamte des Zuges mehr oder weniger große Beulen, verstauchte Glieder ꝛc. davongetragen haben, Frau D. von hier lag längere Zeit ohne Besinnung da und wurde ihr von dem Fahrpersonal alsbald ein Nothverband angelegt. Herr L. von hier hat große Beulen im Gesicht davongetragen, ebenso der Abdeckereibesitzer aus Gatersleben. Der Zugführer stand im Augenblick des Anpralls in der Wagenthür, er wurde zu Boden geworfen, so daß ihm Blut aus Mund und Nase floß. Lebensgefährlich verletzt ist zum Glück niemand.

* **Brehna**, 19. Febr. [Erschossen.] Der Bahnhofs-Nachtwächter wurde angeblich von Knaben belästigt und gab, um diese zu verscheuchen, einen scharfen Schreckschuß ab, dessen Kugel unerwarteterweise den zufällig vorübergehenden Bahnarbeiter Nöbler in den Kopf traf. Nöbler, 22 Jahre alt, starb kurz nach seiner Einlieferung in die Hallesche Klinik.

* **Naumburg**, 19. Febr. [Schrecklicher Unfall.] Der in Saalfeld stationirte Lokomotivführer Lehmann verunglückte heute früh dadurch, daß er sich aus der Maschine seines Güterzuges herausbog und mit dem Kopf an die Pfeiler der Schellsitzer Ueberführung anschlug. Der Verunglückte, dem der Kopf zerschlagen und ein Arm aus der Schulter gerissen wurde, ist todt.

---

* **Weimar**, 18. Febr. [Sozialdemokratische „Sprechstunden".] Die sozialdemokratische Parteileitung in unserem Großherzogthum hat bekanntlich ein Mittel gefunden, um das stereotype Verbot ihrer Agitations-Versammlungen zu paralysiren, nämlich die politischen Sprechstunden. Nun will aber, wie die „Dorfztg." hört, die Regierung derartige Zusammenkünfte als verschleierte politische Versammlungen ansehen. Hiernach sollen die Ortspolizeibehörden angewiesen werden, derartige öffentlich angekündigte Besprechungen, in denen bekannte Sozialdemokraten das Wort zu führen beabsichtigen, je nach Lage der Umstände zu verbieten.

* **Saalfeld**, 19. Febr. [Feuer. — Dammrutsch.] Im Hintergebäude der Knoch'schen Nähmaschinenfabrik entstand gestern gegen 9 Uhr ein Schadenfeuer, welches trotz des heftigen Sturmes bald bewältigt wurde, so daß ein größerer Schaden nicht entstand. — Die Strecke Köditzberg-Königsee war infolge Dammrutsches gestern von morgens bis gegen Abend gesperrt.

* **Stadtilm**, 19. Febr. [Das schlafende Mädchen] in Singen ist gestorben, nachdem es 15 Tage geschlafen hatte.

* **Bad Harzburg**, 8. Febr. [Die Erweiterung der hiesigen Amtsgerichtslokale] durch einen Anbau wird geplant, und es werden dafür 8500 M. vom Landtage gefordert.

* **Aus dem Reußischen Oberlande**, 19. Febr. [Mißlungene Ueberrumpelung.] Kaum glaublich aber wahr ist folgende Heirathsgeschichte. Ein Junggeselle, der seiner geschäftlichen Verhältnisse halber eine Frau braucht, möglichst viel Geld beansprucht, aber der holden Weiblichkeit gegenüber sich unbeholfen zeigt, erfährt von einer reichen Schönen. Kurz entschlossen begiebt er sich in den nicht weit entfernten Ort und nimmt zuerst seinen Weg nach dem Wirthshause. Dort trifft er den Vater des Mädchens und beginnt sogleich Verhandlungen mit ihm, die auch zu einem, beide Theile befriedigenden Abschluß kommen, zumal der Vater eine ansehnliche Mitgift in Aussicht stellt. Da der Vater Standesbeamter ist, so ist es ihm ein Leichtes, die Aufgebotsurkunden für Braut und Bräutigam auszufertigen, und mit der seinigen in der Tasche wandert der neue Bräutigam seinen heimathlichen Penaten zu, ohne seine Zukünftige begrüßt oder auch nur gesehen zu haben. Anderen Tages ist das Aufgebot zum Entnehmen der Bewohner und der Braut ausgehängt. Vater und Heirathskandidat haben aber die Rechnung ohne die Braut gemacht. Diese hat sich aber durch den geheimen Ueberfall auf ihr Mädchenthum nicht verdrüßen lassen, denn die Aufgebote sind inzwischen aus dem standesamtlichen Kasten verschwunden.

* **Derenburg**, 18. Febr. [Moderne Ehe.] Ein Paar wird hier in nächster Zeit den Bund fürs Leben schließen. Der Bräutigam zählt nicht weniger denn 78 und die Braut 68 Lenze. Beide Ehebälften waren bereits verheirathet, die frühere Frau des Mannes starb erst im vorigen Jahre.

Vermischtes.

Ueber das Schicksal Andrée's und seiner Gefährten. Ein neues Andrée-Gerücht kommt über London von Ottawa (Kanada). Letzten Oktober kamen nach Churchillfort einige Eskimos, die erzählten, daß zwei weiße Männer, die „vom Himmel gekommen waren", letzten Frühling von räuberischen Eskimos getödtet worden seien. Sie sagten, daß sie Reste des Ballons gesehen und wüßten, wo diese verborgen worden sind.

Graf Leo Tolstoi ist von seiner schweren Erkrankung jetzt so weit wieder hergestellt, daß er in diesen Tagen bereits ein Moskauer Theater besuchen konnte. Er wohnte im Volkstheater einer Aufführung von Tschechow's „Onkel Wanja (Onkel Wanja) bei, folgte aufmerksam der Handlung und rühmte das Spiel einzelner Darsteller. Die Direktion legte dem Grafen ein für Ehrengäste bestimmtes Buch vor, in welches er seinen Namen eintrug, das Publikum hatte anfangs den Dichter nicht bemerkt; es wurde erst aufmerksam, als alle Schauspieler, die hervorgerufen wurden, beim Erscheinen vor der Rampe sich besonders vor der Loge verbeugten, in welcher Tolstoi mit seinen Angehörigen Platz genommen hatte. Infolgedessen kam es zu lebhaften Ovationen, die die Theilnahme der Massen an der Erkrankung und ihre Freude über die Genesung ihres großen Mitbürgers deutlich offenbarten. Man beruhigte sich erst, als Graf Tolstoi nach Hause gefahren war.

Ein sicilianischer Brigant als Zeitungs-Berichterstatter. Der gefürchtete sicilianische Brigant Gandino, das Haupt der berüchtigten Mauriná-Bande, hat sich bereits wiederholt in die Oeffentlichkeit gestichtet, um der exstaunt aufhorchenden Mitwelt von seinen eigenen Großthaten Mittheilung zu machen; durch diese Berichterstattung will er einer Verfälschung der Thatsachen durch gewerbsmäßige Zeitungskorrespondenten vorbeugen. Dadurch haben die Blätter, die Gandino mit seiner Mitarbeit beehrt, den nicht zu unterschätzenden Vortheil, daß sie diese authentischen Berichte nicht zu bezahlen brauchen, im Gegentheil: Gandino schickt, da er nicht genau weiß, ob man seine Berichte „für voll" ansehen wird, gewöhnlich noch einen bestimmten Betrag als Insertionspreis an das auserkorene Blatt, um die Aufnahme des Berichtes um jeden Preis durchzusetzen. Sein Lieblingsorgan ist das in Palermo erscheinende „Giornale di Sicilia", dem er erst dieser Tage wieder aus Castelbuono einen längeren Bericht über eine Mordthat eigener Faktur zugehen ließ unter Beifügung von 5 Francs Insertionsgebühren. Der Bericht lautet: „Geehrter Herr Redacteur! Sie würden mich sehr verpflichten, wenn Sie diesen Brief veröffentlichten. Meine Herren! Sie alle erinnern sich wohl noch, wie im August v. J. bei Santo Mauro Castelverde mein Bruder Angelo Gandino und mein Schwager Angelo Ficcaglia ermordet wurden. Rachedurstig begann ich nachzuforschen und erfuhr, daß ein gewisser Angelo Scialabra der Mörder war. Nach langen vergeblichen Mühen erfüllte sich mein heißester Wunsch: am 12. Januar d. J. hatte ich diesen Menschen im Bezirk Gallina in meinen Händen. O, welche Freude, o, welche Trunkenheit mein Herz da erfüllte, als ich den Verräther in meinen Händen hatte! Ich tödtete ihn mit Dolchstichen und verbrannte seinen Leichnam, damit von seinem ehrlosen Körper keine Spur übrig bleibe. In Santo Mauro Castelverde sagten sie, daß Melchiorre Gandino todt sei. O, ihr Thoren! Wißt ihr nicht, daß Gandino wieder aufersteht, selbst wenn er todt und begraben ist? Wer seine Familie nicht achtet, wird vernichtet! Entschuldigen Sie, geehrter Herr, daß ich erst jetzt diesen Bericht veröffentliche; meine Geschäfte haben mich jetzt zu sehr in Anspruch genommen. Hochachtungsvoll Melchiorre Gandino." Alles, was der Räuber in seinem Briefe behauptet, ist wahr. Als Mörder des Angelo Gandino und des Angelo Ficcaglia wurde thatsächlich Angelo Sciolabra angenommen; er konnte aber nicht verhaftet werden, weil er verschwunden war. Jetzt, nach dem famosen Berichte des Räuberhauptlings Melchiorre Gandino, weiß man wenigstens, wo er hingerathen ist, und daß man ihn nicht länger zu suchen braucht.

Aus einem russisch-sibirischen Märchenbuch! (Schneewittchen.) Erster Zwerg: „Wer hat von meinem Talglichtchen gegessen?" Zweiter Zwerg: „Wer hat von meinem Spektritschen getrunken?" Dritter Zwerg: „Wer hat von meiner Stiefelwichse genascht?" Vierter Zwerg: „Wer hat meine Nasirseife aufgegessen?" Fünfter Zwerg: „Wer hat das Oel aus meinem Nachtlämpchen getrunken?"

Boshaft. Kundin (ihr Bildnis abholend): „Das Porträt hat eine überraschende Aehnlichkeit!" — Photograph (geschmeichelt): „Nicht wahr!" — Kundin: „Ja; aber nicht mit mir, sondern mit meiner Großmutter!"

Letzte Nachrichten.

Berlin, 19. Febr. An dem am Mittwoch stattfindenden Festessen des Brandenburgischen Provinziallandtages wird der Kaiser nicht theilnehmen. — Die Kaiserin traf heute mittag in Hubertusstock ein.

Prinz Heinrich sandte ein Schreiben an den Kieler Oberbürgermeister, in dem der Prinz mit bewegtem Herzen für die ihm gewordene überaus warme Begrüßung aller Schichten der Bevölkerung Kiels dankt und allen versichert, daß er, eingedenk des alten Spruches „Treue um Treue" die erhebenden Kundgebungen dieser Tage niemals vergessen werde.

Finanzminister Dr. v. Miquel begeht heute seinen 72. Geburtstag. Er ist von seiner mehrwöchentlichen Krankheit völlig wiederhergestellt und hat seine Amtsthätigkeit in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Der Kultusminister Studt hat sich heute im Abgeordnetenhause, wo er den Verhandlungen der Budgetkommission beiwohnte, durch einen Fall den Bruch des rechtem Schultergelenkes zugezogen.

Die in dem Befinden des Dr. Lieber eingetretene Besserung macht weitere Fortschritte. Der Appetit ist gut. Die Nacht ist gut verlaufen.

Der deutsche Gesandte in Tokio, Baron v. Leyden, überreichte, nach dem „Ostas. Lloyd", dem Kronprinzen von Japan am 21. Dez. 1899 im Auftrage des Kaisers die Abzeichen des Schwarzen Adlerordens.

Der neue Kölner Erzbischof Simar ist heute nachmittag 5 Uhr dort eingetroffen und auf dem Bahnhofe vom Metropolitankapitel, dem Oberbürgermeister Becker als Vertreter der Stadt, den Spitzen der Behörden und zahlreichen Abordnungen begrüßt worden. In der Stadt, die festlich geschmückt ist, läuteten die Glocken der Kirchen.

Landgerichtsdirektor Felisch erhielt einen Ruf ins Reichsmarineamt. Im Interesse desselben wird er zunächst eine längere Seereise antreten.

Wie die Münchener „Allg. Ztg." von zuständiger Seite erfährt, sind die Meldungen von einer Verlobung des Prinzen Rupprecht von Bayern vollständig aus der Luft gegriffen.

Dem Berliner Magistrat ging folgendes Schreiben des Ersten Münchener Bürgermeisters zu:

Wir beehren uns hiermit, den Empfang der von den Gemeindebehörden für die durch Hochwasser Geschädigten im Königreich Bayern bewilligten Summe von 30,000 M. (dreißigtausend Mark) ergebenst zu bestätigen. Es ist uns ein Bedürfniß, hierbei nochmals die Empfindungen unseres tiefgefühltesten Dankes für die so edle und reiche Spende zum Ausdruck zu bringen. Dieselbe bekundet die herzliche Sym-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220013/fragment/page=0003

patzke, die Nord und Süd bisher schon verband, und die in allen Theilen des Landes durch die uns im Unglück bewiesene Anthellnahme noch mehr befestigt wurde.

Im Reichstag wurden heute vormittag in einer vertraulichen Vorbesprechung die Versuche aufgenommen, wegen der **lex Heinze** für die demnächst bevorstehende dritte Lesung im Plenum eine **Verständigung** über die zwischen den verbündeten Regierungen und der Reichstagsmehrheit bestehenden Meinungsverschiedenheiten anzubahnen. An dieser Konferenz nahmen theil zur Vertretung des Regierungsstandpunktes Staatssekretär im Reichsjustizamt **Nieberding**, aus dem Reichstage für die Konservativen Dr. **Oertel**, für die deutsche Reichspartei Dr. **Stockmann**, für die Nationalliberalen Dr. **Esche**, für das Centrum **Roeren**.

Ein Gesetzentwurf über die **Abänderung der Kreisordnung** für die **sechs östlichen Provinzen** ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Es wird darin die Bestimmung getroffen, daß für einzelne Kreise nach Anhörung des Provinziallandtages durch königl. Verordnung bestimmt werden kann, daß von dem nach § 86 der Kreisordnung für die Wahlberechtigung im Wahlverbande der größeren **ländlichen Grundbesitzer** maßgebenden Mindestbetrage an Grund- und Gebäudesteuer **wenigstens die Hälfte auf die Grundsteuer** entfallen muß. Zugleich soll vorgeschrieben werden können, daß Landgemeinden der betreffenden Kreise, die mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen über 6000 Einwohner zählen, als **Städte** im Sinne der Kreisordnung über die Zusammensetzung des Kreistages (§§ 84 bis 114) zu gelten haben.

Dem Abgeordnetenhause ging von der **Graudenzer Handelskammer** eine **Denkschrift über den westpreußischen Eisenbahnnothstand** zu, die mit der Bitte schließt:

Das Haus der Abgeordneten möge den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten ersuchen, ihm alsbald eine Vorlage, betr. die Umwandlung der Bahn **Marienburg-Thorn** in eine **Vollbahn**, zu unterbreiten, und die Einführung des Vollbahnbetriebes auf der Strecke **Laskowitz-Jablonowo** zu verfügen und, wenn hierzu die Genehmigung des Landtages erforderlich sein sollte, ihm eine bezügliche Vorlage alsbald zukommen zu lassen.

In den nächsten Tagen geht dem Abgeordnetenhause der **Rechenschaftsbericht der Ansiedelungskommission für das Jahr 1899** zu. Sicherem Vernehmen nach hat das Ansiedelungswerk in dem Berichtsjahr einen Aufschwung genommen, der die Fortschritte des vorangegangenen Berichtsjahres erheblich übertrifft.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei tritt am nächsten Sonntag vormittag im Reichstagsgebäude in Berlin zusammen, um den statutenmäßigen Jahresbericht des geschäftsführenden Ausschusses entgegenzunehmen und die politische Lage zu besprechen.

Nachdem verschiedentlich die Regelung der **Arbeitszeit in Bergwerken** auf Grund der Reichsgesetzgebung verlangt worden ist, wird von offiziöser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsgesetzgebung auch dann hierfür **keine** Handhabe böte, wenn es sich wirklich um gesundheitsschädliche Arbeitszeiten handelte. Die Gewerbeordnung findet nämlich auf das Bergwesen nur insoweit Anwendung, als sie ausdrückliche Bestimmungen darüber enthält. Die in Betracht kommende Vorschrift des § 120e Abs. 3 ist aber auf das Bergwesen nicht für anwendbar erklärt worden. Um etwaigen mit der Dauer der Arbeitszeit verbundenen Mißständen wirksam entgegenzutreten, bieten übrigens die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einen ausreichenden Anhalt. In Preußen beispielsweise sind die Oberbergämter befugt, für solche Betriebe, in welchen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorzuschreiben und die für Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen zu erlassen. Wenn also, was nach der allgemeinen Lage der Verhältnisse füglich bezweifelt werden muß, Mißstände auf diesem Gebiete vorhanden wären, so würde die **einzelstaatliche Gesetzgebung** genug Handhaben zur Abhilfe bieten.

Der Bundesrath beschloß am 25. Januar, daß in den Ausführungsschriften zum **Reichsstempelgesetz** vom 27. April 1894 hinter Nr. 34 die nachstehende Bestimmung einzuschalten sei:

34a bei **öffentlichen Ausspielungen**, bei welchen die Spielthellnehmer gegen Entrichtung des Einsatzes **Papierröllchen** oder dergleichen Gegenstände ausgehändigt erhalten, deren Beschaffenheit unmittelbar über Gewinn und Verlust entscheidet, sind die Papierröllchen usw. als Ausweise über Spieleinlagen im Sinne der Nr. 5 des Tarifes anzusehen. Von der Abstempelung dieser Ausweise kann Abstand genommen werden, wenn sie unverhältnißmäßige Mühewaltung verursachen würde.

Der **Evangelische Oberkirchenrath** richtete, dem „Reichsboten" zufolge, ein freundliches Schreiben an die Führer der Secession in Rom, in welchem sie gebeten werden, „zur Erbauung einer fest im Evangelium von Christo gegründeten und ihren Glauben in der Liebe bethätigenden Gemeinde im Anschluß an unsere Landeskirche ihre Mitwirkung nicht zu versagen." Das Schreiben nimmt Bezug auf Aufklärungen, welche der Vicepräsident des Oberkirchenraths der Gemeinde hat zugehen lassen und in welchem mitgetheilt wird, „daß die Botschaftsgemeinde durch den nunmehr beantragten Anschluß an die preußische Landeskirche den Bekenntnißgrund auch für sich festlegt, welcher für die preußische Landeskirche rechtlich gesichert ist."

E. Koburg, 19. Febr. [Orig.-Telegr.] Redacteur Hue von der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" in Bochum wurde wegen Beleidigung des meininger Ministeriums von der hiesigen Strafkammer zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Hue hatte behauptet, der meininger Fiskus habe vor der Uebernahme der Griffelbrüche in Steinach bei Sonneberg Versprechungen gemacht, die später nicht gehalten wurden. Die Lage der Griffelarbeiter habe sich inzwischen eher verschlimmert als verbessert. Die neunstündige Verhandlung entrollte ein trübes Bild der sozialen Lage der Steinacher Griffelarbeiter.

Weimar, 19. Febr. In der hiesigen Stadtkirche fand die feierliche Abordnung des vom Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsverein zum Pfarrer der Mission in Tsintau bestimmten Pfarrers Schüler statt. Pfarrer Schüler wird die Seelsorge für die deutsch-evangelische Gemeinde in Tsintau und die dortige Garnison übernehmen. Der Feier wohnte u. a. als Vertreter des Staatssekretärs Tirpitz Korvettenkapitän von Semmern bei, ferner Vertreter der Großherzoglichen Staatsregierung und der städtischen Behörden.

Hamburg, 19. Febr. Der Schnelldampfer „Auguste Victoria" der „Hamburg-Amerika-Linie" traf heute morgen 8 Uhr nach herrlicher, ruhiger Fahrt bei schönstem Wetter in Alexandria ein.

Wien, 19. Febr. In der heutigen Sitzung der **Verständigungskonferenz** beendeten die Vertrauensmänner Mährens die Erörterung über die Anwendung der beiden Landessprachen im äußern Dienstverkehr der Staatsbehörden in Mähren. In den wesentlichen Punkten wurde eine Uebereinstimmung erzielt. In anderen Punkten der Grundzüge wurden von beiden Seiten Abänderungs- und Ergänzungsanträge gestellt.

Wien, 19. Febr. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist die Lage des Rußlandeis in den Revieren von Kladno, Karlsbad, Trautenau und Oltras-Kaswin unverändert. Am Sonnabend wurden im Braunkohlenbecken Aussig-Komotau 764 Waggons gefördert.

Paris, 19. Febr. [Deputirtenkammer.] Bei der Berathung des Kriegsbudgets beantragte Sembat die Streichung von 1000 Francs im Zusammenhang mit der **Abschaffung der Militärattachés**. Kriegsminister Galliset forderte die Aufrechterhaltung der Militärattachés, welche niemals zu irgendwelcher Klage Anlaß gegeben. Sembat hielt seinen Antrag aufrecht. Derselbe wurde vom Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau bekämpft und vom Hause abgelehnt.

Paris, 19. Febr. Vor dem Staatsgerichtshof begann heute die Verhandlung gegen Marcel Habert. Es herrscht nur geringer Andrang. Nur diejenigen Senatoren, welche an dem ersten Prozeß theilgenommen hatten, sind zugegen, als der Angeklagte hereingeführt wird. — Der Gerichtshof entschied nach langer Berathung in geheimer Sitzung dahin, daß die am 28. Januar wiedergewählten **Senatoren** an den Verhandlungen nicht theilnehmen dürfen und lehnte die vom Vertheidiger Habert's gestellten Anträge, daß der Senat sich für unzuständig erkläre, ab. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 19. Febr. Eine Note der „Agence Havas" erklärt es für völlig falsch, daß der **spanische Finanzminister** beabsichtige, den Coupon der äußeren **Schuld** oder irgend einer anderen Schuld zu kürzen. Alle in dieser Beziehung in den letzten Tagen in Umlauf gesetzten Meldungen seien daher unrichtig und tendenziös.

Petersburg, 19. Febr. Der **Herzog von Koburg** und das **Erbprinzenpaar von Hohenlohe-Langenburg** reisten heute nach Deutschland zurück. Kaiser Nikolaus, sämmtliche Großfürsten, der deutsche und der englische Botschafter mit sämmtlichen Mitgliedern der Botschaften waren zur Verabschiedung auf dem Bahnhofe erschienen.

Petersburg, 19. Febr. Wie die „Nowoje Wremja" aus Wladiwostock meldet, hat die Verwaltung der chinesischen Ostbahn eine regelmäßige **Dampferverbindung** zwischen **Wladiwostock** und **Port Arthur** eingerichtet.

Petersburg, 19. Febr. Das **kaspische Kabel** ist beschädigt; die Korrespondenz aus dem europäischen Rußland nach dem Transkaspigebiet wird auf Umwegen befördert.

Der südafrikanische Krieg.

London, 19. Febr. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus".] In militärischen Kreisen ist man übereinstimmend der Ansicht, daß, obwohl der Marsch des General Roberts, so weit es sich um den **Entsatz Kimberleys** handelte, von Erfolg gekrönt worden sei, und die Lage sich entschieden zu Gunsten der Engländer gebessert habe, der **Feldzug doch offenbar jetzt erst ernstlich begonnen** habe und noch viele Hindernisse zu überwinden seien, besonders die Schwierigkeiten eines gefahrvollen Marsches durch Feindesland, bei welchem die sehr weit ausgedehnte brittische Verbindungslinie dem Angriffe des Feindes ausgesetzt sei.

Prätoria, 19. Febr. [Reuter-Meldung.] Wie verlautet, hat sich in der Nähe von **Kimberley ein schweres Gefecht entsponnen**. Den letzten Nachrichten zufolge halten die Buren unter Cronje ihre Stellungen. Unter der gestern von den Buren bei Koffyfontain eroberten **Beute** befanden sich 3000 bis 4000 Stück Vieh, eine Anzahl Wagen, darunter 18 mit Lebensmitteln, die nach Kimberley gehen sollten. Die Buren sollen eine Anzahl von Gefangenen gemacht haben.

London, 19. Febr. Die „Evening News" melden aus Jacobsdal von gestern: **General French** hat ein Lager der Buren in Dronfield nördlich von Kimberley umzingelt und beschießt dasselbe.

Die Abendblätter melden aus Modderriver vom 18. Febr.: Den letzten hier eingetroffenen Meldungen zufolge bedrängt die Division des **Generals Kelly-Kenny** noch immer die auf dem Rückzuge befindlichen Buren. Es wurde noch weitere Beute gemacht. Im ganzen sind jetzt 150 Wagen erbeutet worden. In der Beute befinden sich auch zahlreiche blecherne Büchsenkistchen, welche mit Munition gefüllt und nach Prätoria via Delagoabay adressirt waren.

London, 19. Febr. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus **Sterkstrom** von gestern abend gemeldet, daß die Buren sich zurückziehen und daß die Division des Generals Brabant infolgedessen in Dordrecht einrücke.

Arundel, 18. Febr. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus."] Kommandant **Pretorius** und 3 andere verwundete Burenoffiziere sind heute hier an die Buren ausgeliefert worden.

Masern (Basutoland), 17. Febr. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus."] Unter den **Burentruppen** aus dem Oranje-Freistaat herrscht der **Unterleibstyphus** epidemisch (?) Namentlich viele sind der Krankheit vor Kimberley und in Colesberg erlegen. Die Regierung von Transvaal sendet große Truppenmassen nach dem Freistaat.

London, 19. Febr. **General Buller** meldet aus Chieveley vom 19. d., daß er den Feind auf der anderen Seite des Tugela aus starken Stellungen verjagt habe. General Buller hat die Stellungen der Buren gleichzeitig in der Front, in der Flanke und von hinten angegriffen. Die Engländer haben mehrere Lager genommen sowie mehrere Wagen mit Munition und Lebensmitteln erbeutet und einige Gefangene gemacht. Die Hitze ist sehr groß und das Terrain außerordentlich schwierig. Die Truppen zeigten große Begeisterung.

Durban, 19. Febr. **Buller** erwehrte sich am Donnerstag, Freitag und Sonnabend bis spät in die Nacht, ununterbrochen kämpfend und unter Aufbietung aller Truppen, nur mühsam der Angriffe des linken Burenflügels, der, von den Inslawebergen herabkommend, **Chieveley und Frere bedrohte**. Buller war fortgeejagt persönlich im Feuer; Lyttleton's Pferd wurde erschossen. Die Verluste sind indessen gering, da sich nur Artillerie im Kampfe befand. Buller hält den Hügelrücken und besetzte Sonntag nacht das Monte Christo-Kopje am Blaauwkranzfluß, südwestlich von den Inslawebergen.

London, 19. Febr. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus dem Hauptlager der Buren vor Ladysmith vom 16. d. gemeldet: Gestern, Donnerstag, versuchten die Engländer, unsere Streitkräfte zu umgehen, indem sie bei dem Zusammenflusse des Blaaumkrans und des Tugela durchzudringen und den bei Colenso gelegenen Boschkop einzunehmen versuchten; sie wurden aber **zurückgeschlagen**. Unsere Truppen **behaupteten alle ihre dortigen Stellungen**. Auf unserer Seite wurden drei Mann leicht verwundet; der Verlust der Engländer ist unbekannt. Um Ladysmith ist alles ruhig. Das Wetter ist andauernd heiß und Regen sehr nöthig. — Einen Tag später meldet derselbe Korrespondent: Die Engländer beschossen gestern, Freitag, unsere Stellung beim Boschkop mit Artillerie, das Geschützfeuer dauert daselbst fort.

Washington, 19. Febr. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus."] Die hiesige britische Botschaft erklärt die in Paris umlaufenden Gerüchte für unbegründet, nach welchen Präsident Mac Kinley bei dem britischen Botschafter Pauncefote angefragt habe, wie ein amerikanischer **Vermittelungsversuch** aufgenommen werden würde.

London, 19. Febr. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien, Lord Hamilton erklärt, daß von verschiedenen Seiten Nachrichten eingegangen seien, die auf eine Vermehrung der **Zahl der russischen Truppen in Central-Asien hindeuten**. Die Beziehungen der indischen Regierung zum Emir von Afghanistan seien solche, welche den Bestimmungen der Abmachung Englands mit Afghanistan entsprechen, und hätten keine Veränderung erfahren.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwet; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Meteorologische Station zu Halle.

	19. Februar (9 Uhr 12 Min. ab.)	20. Februar (7 Uhr 12 Min. ang.)
Barometer Millimeter	731,8	729,5
Thermometer Celsius	8,1	7,1
Rel. Feuchtigkeit	79%	71%
Wind	SW 2	S 1

Maximum der Temperatur am 19 Februar: 9.7° C.
Minimum in der Nacht vom 19. Februar zum 20. Februar: 6,2° C.
Niederschläge am 20. Februar 7 Uhr morgens: 1,5 mm.

Mittwoch, 21. Februar.

Wärmer und meist trüber.

Bericht des Berliner Wetterbureaus

vom 19 Februar morgens

Memel 749, —0°, SSO 2, bedeckt; Swinemünde 747, +2°, SSW 4, wolkig; Hamburg 743, +3°, SSO 2, Regen; Borkum 739, +2°, SSW 1, bedeckt; Berlin 748, +2°, S 3, bedeckt; München 752, +2°, SO 1, Regen; Wien 756, —1°, still, Nebel; Triest 757, +7°, NO 1, wolkenlos; Petersburg 765, —24°, OSO 2, bedeckt; Haparanda 764, —20°, OSO 2, bedeckt; Cork 725, +4°, WNW 3, Regen; Karlsruhe 743, +11°, SSO 6, Regen

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Die **Schalker Röhrenwerke** traten dem **Röhrensyndikat** bei. Das Gasrohrsyndikat thätigt Neuabschlüsse nur mit einem um 2½ Proz Brutto niedrigeren Rabatt, als bisher. Der Rabatt beträgt also für schwarze Rohre jetzt 57½ Proz., für verzinkte 46½ Proz. Ein neuer Weltbewerb ersteht dem Syndikat durch die Werke in Troisdorf und **Halle a. S.**

— **Viersener Spinnerei und Weberei.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 7½ Proz (i. V. 10⅔ Proz.) fest. Ueber die Aussichten wurde wenig günstig berichtet. Die Flachspreise seien im laufenden Jahre noch weiter gestiegen und die Erzeugungskosten haben sich noch weiter erhöht.

— Die Oesterreichische Kreditanstalt erklärt als unrichtig, dass die **Vereinigung der Oesterreichischen Papier- und Cellulosefabriken** zu einer Aktiengesellschaft auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen und der Plan fallen gelassen sei; vielmehr hätten die im Zuge befindlichen Verhandlungen günstigen Verlauf.

— Die Hauptversammlung des **Aktienbauvereins Passage** ermächtigte die Direktion mit Genehmigung des Aufsichtsraths, weiten 600 000 M. Aktien nicht über Pari zurückzukaufen; der Rückkauf soll, wenn ein anderer Weg nicht vortheilhafter sich erweist, durch öffentliche Ausschreibung erfolgen.

— Die ausserordentliche Hauptversammlung der **Sächsischen Gussstahlfabrik Doehlen** beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals auf 3 Mill. M. durch Ausgabe von 750,000 M. vom 1. Juli ab ab dividendenberechtigte neue Aktien, die den Aktionären zu 205 Proz. angeboten werden.

— Petersburger Blätter melden, dass die Regierung die Einführung des **Naphthamonopols** plane, da der Naphtahandel sich in den Handen einiger Grosskapitalisten concentrire, die die Preise nach ihrem Belieben stellen.

— **Neusser Eisenwerke.** Die Aktien dieser Gesellschaft, die wegen Mangel an Material vier Tage lang gestrichen waren, wurden am Sonnabend 70 Proz. über dem letzten Kurse notirt. Die stürmische Nachfrage ist durch die erhöhte Dividende veranlasst.

— Die **Wandsbeker Lederfabrik** schliesst 1899 mit einem Verlust von 140,000 M., nach 5 und 12 Proz. Dividende in den beiden Vorjahren.

— **Dividenden.** Der Aufsichtsrath der **Metallwerke** vormals S. Aders in Magdeburg beschloss 12 Proz. vorzuschlagen. — Der **Dresdener Bankverein** beschloss 8 Proz. — Die **Deutsche Strassenbahn-Gesellschaft** in Dresden 7 Proz. Die Gesellschaft erhöht ihr Kapital um 1 Mill. M. — Die **Norddeutsche Portlandfabrik** schlägt für das sechs Monate umfassende erste Geschäftsjahr 5 Proz. vor. Der Aufsichtsrath der **Württembergische Landesbank** 5 Proz. p. r. t. — Der Aufsichtsrath der **Sächsischen Bank** beschloss 7½ Proz.

Rio de Janeiro, 16. Febr. Wechsel auf London 7 15/16.
Buenos Aires, 17. Febr. Goldagio 127,50.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn. Term.	Anm.-Frist	1. Gl.-Verm.	Prüf.-Term.
Trosin, Bartel & Co.	Berlin	Berlin	15.2.	20.4.	1.3.	4.5.
Hugo Oehnicke, Kfm.	Chemnitz	Chemnitz	14.2.	24.3.	8.3.	7.4.
Fischer Wwe, & Co.	Elsenfeld	Klingenberg	14.2.	24.3.	3.3.	7.4.
Karl Kaufmann, Weinhändler	Köln	Köln	6.2.	17.3.	6.3.	6.4.
C. A. Nagel, Maschinenfabrik	Plagwitz	Leipzig	13.2.	19.3.	6.3.	2.4.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 17. Febr. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Roland" 14. von Baltimore nach Bremen. „Alier" 14. von Southampton nach New York. „Lahn" 14. in New York. „Preussen" von Batavia, 14. von Southampton nach Antwerpen. „Willehad" 14. von Villa Garcia nach dem La Plata. „Rhein" von New York, 14. Prawle Point passirt. „Darmstadt" 14. in New York.

Metalle.

Hamburg, 17. Febr. Silber 81,50 Br., 81,00 G.

London, 17. Febr. Silber 27 1/16.
* London, 19 Febr. Chili-Kupfer 73⅝ Lstrl., 3 Mon 72⅞ Lstrl.
* London, 19 Febr. Hies span. 16⅝ Lstrl., engl 16⅞ Lstrl., Zinn 145 Lstrl., Zink 22½ Lstrl.
* Glasgow, 19 Febr. vorm 11 Uhr 5 Min. Roheisen. Mixed numbers warrants 69 sh. 4 d. Matt.
* Glasgow, 15. Febr. (Schluss.) Roheisen. Mixed numbers warrants 69 sh. 2 d. Warrants Middlesborough III. 69 sh. 1½ d.
* Amsterdam, 19. Febr. Banczinn 84½.

(Mit Beiblatt und Unterhaltungsblatt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220013/fragment/page=0004